Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postverlagsort: Bocholt.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Bezugspreis im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 2.— Ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Postzeitungsgebühr 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahlung.

Anzeigenpreise: Für die einspaltige Millimeterzeile 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 19 Pfg. Für den allgemeinen (Gesamt-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand für beide Teile Bocholt.

Nummer 225 | Montag, den 15. August 1932 | Jahrgang 1932

Hitlers Forderungen von Hindenburg abgelehnt.

Amtliche Feststellung des Wortbruches Hitlers.

Abschluß der Aussprache: eine ernste Mahnung des Reichspräsidenten.

Die amtliche Erklärung über die ergebnislosen Verhandlungen.

)(Berlin, 13. August.

Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung.

Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der N. S. D. A. P. in die von dem Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten.

Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen.

Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen.

Die Aussprache schloß alsdann mit einer ernsten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angekündigte Opposition der N. S. D. A. P. ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben.

Vor dem Empfang bei dem Herrn Reichspräsidenten hatte im Laufe des Vormittags eine Aussprache des Reichskanzlers mit Herrn Hitler stattgefunden. In dieser Aussprache hatte sich der Reichskanzler erboten, dem Herrn Reichspräsidenten Herrn Hitler als Vizekanzler in der gegenwärtigen Regierung vorzuschlagen und ferner einige weitere geeignete Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung mit wichtigen politischen und fachlichen Ministerien zu betrauen, um dieser Bewegung einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß auf die Staatsführung einzuräumen.

Der Herr Reichspräsident hat heute abend 7,31 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Ostpreußenzuge Berlin verlassen und sich für einige Zeit wieder nach Neudeck begeben.

Vor seiner Abreise brachte der Herr Reichspräsident gegenüber dem Reichskanzler, der sich von ihm verabschiedete, zum Ausdruck, daß, nachdem nunmehr Klarheit über die politische Lage geschaffen sei, mit der größten Beschleunigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vordringlichen Aufgaben gefördert werden müßten. Der Herr Reichspräsident erklärte hierbei dem Reichskanzler, daß er seiner tatkräftigen Unterstützung bei der Erledigung dieser Aufgaben gewiß sein könne.

★

Erneute Auflösung des Reichstags?

Der Eindruck in der Wilhelmstraße.

⊙ Berlin, 14. August.

Das negative Ergebnis, mit dem der Empfang Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten abgeschlossen hat, war für die politischen Kreise der Reichshauptstadt keine Ueberraschung. Dieser Ausgang stand eigentlich schon gestern mittag fest, nur hatten die amtlichen Stellen das Bedürfnis, auch die letzte Möglichkeit einer Verständigung auszuschöpfen. Daß sie nicht gelungen ist, wird in den Kreisen der Reichsregierung außerordentlich bedauert.

Man unterstreicht, daß der Reichskanzler wirklich die Arme weit aufgemacht habe, um dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung eine aktive und positive Mitarbeit am nationalen Wiederaufbau zu ermöglichen.

Hitler hat in dieser entscheidenden Stunde geglaubt, sich versagen zu müssen. Das Bedauern darüber ist in amtlichen Kreisen umso lebhafter, als es die Regierung Papen gewesen ist, die, wie offiziös hervorgehoben wird, durch die Auflösung des Reichstags, die Aufhebung des SA-Verbots und die Freigabe des Rundfunks auch für die nationalsozialistische Bewegung sehr viel getan hat, um die Annäherung des Nationalsozialismus an den Staat zu fördern. Diese Linie sollte gestern zu einem gewissen Abschluß gebracht werden, indem auch den Kräften des Nationalsozialismus Gelegenheit zu einer maßgeblichen Beteiligung an der Führung des Reiches geboten wurde. Das war der Sinn der Verhandlungen, die nun gescheitert sind.

In politischen Kreisen beschäftigt man sich nun natürlich mit der Frage, wie die Entwicklung jetzt weitergehen werde.

In der Wilhelmstraße wird betont, daß das Reichskabinett in seiner bisherigen Zusammensetzung weiter arbeiten werde,

um die drängenden nationalen Fragen zu lösen. Es sei selbstverständlich, daß die Reichsregierung dafür sorgen werde, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleiben. Nicht nur der Reichskanzler, sondern auch der Reichspräsident dürfte bei den gestrigen Besprechungen mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen haben, daß er gewillt und in der Lage sei, jeden Versuch einer gewaltsamen Neuregelung der Verhältnisse zurückzuschlagen. Derartige Befürchtungen seien aber, so wird halbamtlich versichert, wohl auch absolut abwegig, denn von Hitler selbst sei mit Bestimmtheit erklärt worden, er denke nicht daran, Aktionen wie einen Marsch nach Berlin oder dergleichen zu unternehmen. Was weiter werde, wenn es im Reichstag zu den zu erwartenden Mißtrauensvoten komme, „werde in Ruhe von den verantwortlichen Stellen überlegt werden."

Es wäre durchaus denkbar, daß der Reichstag erneut aufgelöst würde.

Das aber seien Möglichkeiten, die sich erst Ende dieses oder Anfang nächsten Monats genau übersehen lassen würden.

Ueber die gestrigen Verhandlungen mit Hitler ist ergänzend noch zu berichten:

Hitler erschien sowohl bei dem Reichswehrminister Schleicher wie beim Reichskanzler in Begleitung seines sogenannten Stabschefs Röhm. Die Unterredung in der Reichskanzlei dauerte von ½12 bis ½2 Uhr. Der Standpunkt des Reichspräsidenten, daß er nicht geneigt sei, Hitler den Kanzlerposten zu übertragen, war dem nationalsozialistischen Führer schon vorher bekannt. Darum war er am Freitag nicht bereit, zu den Verhandlungen zu erscheinen. Er entsandte vielmehr zunächst, wie wir gemeldet haben, zwei Beauftragte, Röhm und Graf Helldorff. Obwohl diese Vorbereitung der Aussprache zu keiner Annäherung geführt hatte, erschien Hitler dann selbst am Samstag, vor der Reichskanzlei von einigen Hundert seiner Anhänger lebhaft begrüßt. Ihm ist offenbar eröffnet worden, daß der Reichspräsident bereit sei, ihm oder Strasser den Posten des Vizekanzlers zu übertragen, wobei die gleichzeitige Uebernahme des preußischen Ministerpräsidiums ins Auge gefaßt wurde. Letzteres wäre natürlich nur durch Wahl im Preußischen Landtag möglich gewesen nnd hätte eine Verständigung mit dem Zentrum zur Voraussetzung gehabt.

Die entscheidende Aussprache des Reichspräsidenten mit Hitler begann am Samstag nachmittag um 4,15 Uhr und dauerte knapp zwanzig Minuten.

Der Reichskanzler sowie die Staatssekretäre des Reichspräsidenten und der Reichskanzlei waren zugegen. In Begleitung Hitlers erschienen die Herren Röhm und Frick. Die nationalsozialistischen Führer wurden von dem spärlich versammelten Publikum kaum erkannt. Die kurze Dauer des Empfanges entsprach der Tatsache, daß die vorausgegangenen Besprechungen Hitlers mit den führenden Persönlichkeiten der Reichsregierung bereits bewiesen hatten, daß im jetzigen Stadium eine Umbildung der Reichsregierung unter Einbeziehung der Nationalsozialisten nicht möglich sein werde. Diese Unterredung wie auch die Aussprache mit dem Reichspräsidenten vollzogen sich, wie man versichert, äußerlich in der korrektesten Form. Aber das amtliche Kommuniqué verrät doch die tiefe Enttäuschung sowohl des Reichspräsidenten wie des Reichskanzlers von Papen. Die Enttäuschung des Reichspräsidenten war schon groß, als er entgegen der zuversichtlichen Meinung seiner Ratgeber, vor zehn Wochen vernehmen mußte, daß das Zentrum nicht bereit sei, einem Kabinett von Papen seine Unterstützung zu gewähren. Jetzt dürfte diese Enttäuschung noch größer sein, weil man nicht daran dachte, daß Hitler die feierlichen Zusicherungen nicht halten würde, die er vor dem Amtsantritt der Regierung Papen-Schleicher dem Reichspräsidenten selbst, dem Staatssekretär Meißner, dem General von Schleicher sowie anderen Persönlichkeiten gegeben hatte.

Am späten Abend hat der Reichskanzler gestern noch die Zentrumsabgordneten Joos und Bolz nochmals zu sich gebeten, um ihnen einen Bericht über den Verlauf des Tages zu geben und ihnen vor allen Dingen das Kommuniqué der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen. Die Zentrumsabgordneten haben diese Mitteilung entgegengenommen und sich jeder Stellungnahme enthalten.

★

Eine Erklärung der NSDAP.

⊙ Berlin, 13. August.

Die Pressestelle der NSDAP teilt mit: „Der Führer wurde heute zu Besprechungen zum Reichskanzler von Papen und im Anschluß daran zum Reichspräsidenten von Hindenburg gebeten. Auf die ihm vorgelegte Frage, ob er und die Partei bereit seien, in eine Regierung von Papen zur Mitarbeit einzutreten, erklärte der Führer: Wir sind gewillt und entschlossen, die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung zu übernehmen, wenn man uns dafür die eindeutige Führung der Regierung anvertraut. Ist das nicht der Fall, so kann die nationalsozialistische Bewegung weder an der Macht noch an der Verantwortung teilnehmen. Insbesondere kommt ein Eintritt in die Regierung Papen für die Partei nicht in Frage. Da aber Reichspräsident von Hindenburg es ablehnte, die nationalsozialistische Bewegung als stärkste Partei mit der Führung der Regierung zu betrauen, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Die nunmehr getroffenen Maßnahmen für die weitere Fortführung des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung werden in einer in der kommenden Woche stattfindenden Führertagung bekanntgegeben. Der Führer verließ noch am Sonnabend Berlin."

Es folgt dann in der Verlautbarung die Behauptung, daß das amtliche Kommuniqué über die Zusammenkunft Hitler-Hindenburg-Papen in manchen Punkten „nicht unwesentliche Unrichtigkeiten" enthalte. Die NSDAP, so wird erklärt, werde dazu noch Stellung nehmen.

Die SA in Urlaub.

(:) Berlin, 15. August.

Wie „Der Montag" meldet, hat Adolf Hitler noch vor seiner Abreise aus Berlin nach einer Führerbesprechung die SA. auf acht Tage beurlaubt.

Sozialdemokratische Sozialisierungsanträge.

)!(Berlin, 13. August.

Wie der Sozialdemokratische Pressedienst mitteilt, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen und Anträgen politischen und wirtschaftspolitischen Inhalts dem neuen Reichstag unterbreiten. Gefordert werden soll die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932, d. h. die Wiederkehr der früheren Arbeitslosenunterstützungs- und Rentensätze, die Aufhebung der Arbeitslosenabgabe, der Salzsteuer und die Wiedereinführung der Freigrenze für die Umsatzsteuer. Ein anderer Antrag fordert die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Bergbau, Eisenindustrie, Großchemie usw., sowie Verstaatlichung der Banken, ferner wird die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Verwendung des so freiwerdenden Landes für Siedlungszwecke beantragt.

In einer dritten Gruppe von Anträgen wird ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das umfangreiche öffentliche Arbeiten, die Förderung von Hausreparaturen und die Beschäftigung von Arbeitslosen in stilliegenden Fabriken, alles finanziert durch eine Prämien- und eventuell eine Zwangsanleihe in der Gesamthöhe von 500 Millionen Mark, vorsieht. Außerdem wird die Einführung der 40 Stundenwoche verlangt. Zur Finanzierung des Mehrbedarfs der öffentlichen Körperschaften, der sich aus diesen Forderungen ergibt, beantragt die Fraktion der SPD eine Reihe von Steuermaßnahmen wie Erhebung von Notsteuern von hohen Einkommen und Vermögen, Luxussteuern, Schaffung staatlicher Monopole für Rauchartikel und Erdöl, Kürzung hoher Gehälter und Pensionen und Streichung der Fürstenabfindungen.

Diese Anträge werden offenbar eingebracht, um die NSDAP in Verlegenheit zu bringen. Dazu sind sie, so wenig man ihnen auch zustimmen mag, sehr geeignet.

Badischer Innenminister Emil Meier †.

:: Karlsruhe, 14. August.

Der badische Innenminister Emil Meier ist heute vormittag 10,30 Uhr nach langem schweren Leiden gestorben. Der Heimgegangene ist am 11. August 1876 geboren, war 1904/08 Redakteur in Heidelberg, dann sozialistischer Parteisekretär und von 1912 ab Stadtverordneter in Heidelberg, der zweiten Kammer der Landstände gehörte er von 1909 bis 1913 an, wurde nach dem Umsturz im Jahre 1919 in die badische Nationalversammlung gewählt. Von da bis zum heutigen Tage gehörte er dem Landtag u. a. als erster Vizepräsident an, bis er am 1. Juli 1931 an die Spitze des Innenministeriums berufen wurde.

Tagesfragen.

Was nun? Wenn man sich in der vergangenen Woche, in der mit den Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung begonnen wurde, darüber wundern mußte, daß Reichskanzler von Papen, unbeirrt durch die aufs Ganze gehenden Machtforderungen der nationalsozialistischen Presse, zäh an dem Gedanken der Erweiterung des vom ihm geführten Präsidialkabinetts durch Hitler oder von ihm zu bestimmende Nationalsozialisten festhielt und eine starke Zuversicht für das Gelingen seines Planes zur Schau trug, so findet man jetzt in der amtlichen Erklärung über das Scheitern der Verhandlungen mit Hitler die Erklärung dafür. Mit dem Reichspräsidenten vertraute auch der Reichskanzler fest auf die vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen Hitlers, daß er „eine vom Vertrauen des Reichspräsidenten berufene nationale Regierung" unterstützen würde. Hitler hat am Samstag nicht mehr zu seinem Wort gestanden. Er hat, ob aus eigenem Entschluß oder unter dem Druck seiner ihm anscheinend längst über den Kopf gewachsenen Unterführer mag dahingestellt bleiben, vom Reichspräsidenten gefordert, daß er ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt im vollen Umfange übertrage. Diese Forderung, die letzten Endes auf die Diktatur einer Minderheit, auf die Auslieferung des Reiches an eine Partei und an einen Parteiführer ohne jede praktische politische Bewährung hinausgelaufen wäre, hat Hindenburg vor seinem Gewissen und vor seinen Pflichten gegenüber dem Vaterlande nicht verantworten können. So nahm die Unterredung mit Hitler, die nach der Feststellung von Berichterstattern, die es ganz genau nehmen, sechzehn Minuten gedauert hat, mit der ernsten Mahnung des Reichspräsidenten an den nationalsozialistischen Führer zur ritterlichen Führung der Opposition ihr Ende. Die naheliegende Frage ist jetzt: Was nun? Nicht zu zweifeln ist daran, daß der Reichspräsident sich auch weiter streng an die Verfassung halten wird. Der Reichstag wird demnach zur richtigen Zeit zusammentreten, und das Kabinett von Papen wird dann mit tödlicher Sicherheit gestürzt werden, gleichgültig ob die Nationalsozialisten, wie ein Gerücht zu melden weiß, dem Reichstag wie zur Zeit Brünings fernbleiben oder ob sie dort mit voller Macht erscheinen werden. Nimmt aber der Reichstag einen Mißtrauensantrag an, dann gibt es zwei Möglichkeiten: entweder Bildung eines neuen Kabinetts, die ohne Beteiligung oder Tolerierung durch die Nationalsozialisten nicht möglich ist, oder wieder Auflösung des Reichstages. Ein drittes gibt es nicht, es sei denn eine Steigerung des politischen Wirrwarrs durch den Rücktritt des Reichspräsidenten. Von einer Auflösung des Reichstages und den selbstverständlich folgenden Neuwahlen wird schwerlich ein im Sinne des Reichspräsidenten anders zusammengesetztes Parlament zu erwarten sein. Man ist also in eine Sackgasse geraten, aus der herauszukommen nicht ganz leicht fallen dürfte, obwohl es noch vor dem Zusammentritt des Reichstages versucht werden müßte. Ohne den Rücktritt von Papens wird das aber nicht gehen. Es käme dann auf den Versuch einer Kompromißlösung an, etwa mit dem in nationalsozialistischen Kreisen sehr angesehenen General von Schleicher als Kanzler und Strasser als Vizekanzler. Vielleicht wäre es auch noch möglich von Preußen her die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Denn hier liegt immer noch die Einladung des Zentrums an die Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu Verhandlungen über die Regierungsbildung vor. Was in Hessen möglich ist, müßte, so sollte man meinen, auch in Preußen zu erreichen sein. Durch die Wahl eines Ministerpräsidenten und die Bildung einer Regierung würde selbstverständlich die Tätigkeit des Reichskommissars und seines Stellvertreters Dr. Bracht ihr Ende finden. Die nationalsozialistische Presse hat es zwar für richtig gehalten, die Initiative des Zentrums mit starkem Hohn zu kommentieren. Aber vielleicht sehen diese Herrschaften jetzt die Lage doch anders an. Zum Hohn ist umsoweniger Veranlassung gegeben, als es für das Zentrum als eine sich dem deutschen Volke verantwortlich fühlende Partei eine Selbstverständlichkeit sein mußte, aus der so grundlegend durch die Wahlen vom 31. Juli veränderten politischen Lage die Konsequenzen zu ziehen. Solange Brüning an der Spitze des Reichskabinetts stand, war es für das preußische Zentrum die höhere Pflicht, dafür zu sorgen, daß jenem von Preußen her keine Schwierigkeiten bereitet wurden. Denn damals stand Lausanne noch vor der Tür, das jetzt hinter uns liegt. Jetzt gilt es sowohl im Reich wie in Preußen der Verfassung entsprechende Regierungen zu bilden, die volle parlamentarische Verantwortlichkeit wiederherzustellen und auch, damit das deutsche Volk zur politischen Besinnung und zur richtigen Einschätzung der NSDAP kommt, von der nahezu zwei Fünftel der Wählerschaft das Heil erwarten, den Nationalsozialisten, wie wir schon wiederholt gesagt haben, die Gelegenheit zu geben, zu zeigen, was sie können. Am Dienstag und Mittwoch halten die im Reich und in Preußen gewählten nationalsozialistischen Abgeordneten bekanntlich eine gemeinsame Tagung ab. Erst danach wird man sehen, ob es möglich sein wird, doch noch zu einiger-

maßen nach Ordnung aussehenden Verhältnissen zu kommen, wozu die vom preußischen Zentrum angebotenen Verhandlungen das Sprungbrett abgeben könnten. Eine hundertprozentige Lösung im nationalsozialistischen Sinne ist allerdings, wie sie für Hindenburg unannehmbar war, auch für das Zentrum selbstverständlich kein modus vivendi.

*

Roevers Wirtschaftsplan für Oldenburg.

In Hannover hat der oldenburgische Ministerpräsident Roever bei einer nationalsozialistischen Kundgebung gegen die Eröffnung eines Woolworth-Geschäfts eine sich seinen grobschlächtigen Wahlreden würdig anschließende Rede gehalten. Er bestreitet jetzt zwar, daß er gesagt habe, im dritten Reich würden die Landesverräter so lange am Ast hängen, bis die Raben sie gefressen hätten. Er bestreitet auch bestimmte Ausführungen wirtschaftlicher Art getan zu haben, und behauptet dagegen in einer amtlichen Erklärung der Pressestelle des oldenburgischen Staatsministeriums, lediglich den Weg gezeigt zu haben, wie ein Staat aus eigener Machtvollkommenheit aus der Erkenntnis der ewigen Lebensgesetze durch Neuschöpfung von Krediten zur Arbeitsbeschaffung gelangen kann, um damit einen sozialen Ausgleich im Volke zu schaffen. Aber wenn man auch nur das gelten läßt, was Röever nicht abstreitet, dann bleibt immer noch genug krauses Zeug übrig.

Wenn im Reich, meinte er, nicht bald ein gründlicher Wechsel eintrete, werde Oldenburg als kleines Land ein Musterbeispiel nationalsozialistischer Wirtschaftsgestaltung geben. In diesem Land, in dem eine Reihe von Städten wirtschaftlich tot sei und den Beamten die Gehälter nicht mehr gezahlt werden könnten, werde die Regierung zu einfachen Mitteln greifen. Wenn im Reich kein Wechsel eintrete, werde die Landesregierung über die oldenburgische Staatsbank aus eigener Machtvollkommenheit heraus einen bestimmten Betrag auf Grund von Werten der oldenburgischen Wirtschaft flüssig machen. Wenn die Reichsregierung dann einen Staatskommissar schicken sollte, dann würde Oldenburg die Bauern mobilisieren und bis zum äußersten Widerstand leisten. Wenn die auszugebenden Noten, mit denen Arbeitsbeschaffungspläne finanziert werden sollen, vom Verkehr nicht angenommen würden, dann würde aus Mitteln der Nationalsozialistischen Partei die Einlösung erfolgen.

Roever bestreitet, daß er von der Flüssigmachung von Werten durch die oldenburgische Staatsbank „aus eigener Machtvollkommenheit" gesprochen habe. Man soll also glauben, daß sich das die Berichterstatter aus den Fingern gesogen haben. Horaz würde dazu sagen: Credat Judaeus Apella, das möge der Jude Apella glauben! Gesetzt der Fall, es wäre möglich, oldenburgisches Papiergeld durch die Aktivierung der oldenburgischen Notenbank herauszubringen, die um 1870 herum wie 32 andere auf ganz Deutschland verteilte Notenbanken Banknoten ausgab, die durch Geld einlösbar waren. (Von diesen Notenbanken sind heute noch vier übrig geblieben). Welche Bedeutung hätten dann die oldenburgischen Banknoten?

Sie würden, wie die „Frankfurter Zeitung" durchaus richtig bemerkt, keineswegs wie die alten deutschen Privatbanknoten in Gold einlösbar sein, sondern sie würden auf Grund von Werten der oldenburgischen Wirtschaft ausgegeben; von der Versicherung des Herrn Roever, die Einlösung würde aus Mitteln der Nationalsozialistischen Partei, also wohl in Reichsbanknoten erfolgen, können wir wohl absehen. Durch Grund und Boden, durch Häuser und Maschinen läßt sich nun bekanntlich jeder beliebige Betrag von Noten decken. Das sogenannte Volksvermögen in Deutschland beträgt noch heute nach den überaus fragwürdigen Schätzungen, die dafür angestellt werden können, mindestens 200 Milliarden Reichsmark. Der Sinn einer vernünftigen Währungspolitik kann es aber niemals sein, die Noten mit irgend welchen fiktiven Werten zu decken. Worauf es ankommt, ist vielmehr eine vernünftige Begrenzung des Geldumlaufs. Und der Wert der Golddeckung besteht in erster Linie darin, daß eine solche Deckung eine Gewähr für die Knapphaltung und damit für die Werterhaltung der Geldeinheit bietet. Blieben aller Wahrscheinlichkeit zum Trotz die Noten in Oldenburg zunächst in beschränktem Umfange in Umlauf, so würden sie doch im übrigen Deutschland keine Annahme finden, wenn sie in Konkeurrenz stehen mit den Noten der solide geführten Reichsbank. Um dem alten Gesetz, daß schlechtes Geld das gute verdrängt, entgegenzuwirken, müßte Oldenburg also bald ein Ausfuhrverbot für Reichsbanknoten gegenüber dem übrigen Deutschland aussprechen und daran anschließend eine „Devisenbewirtschaftung" für die Einfuhr aus dem übrigen Deutschland verordnen, um die „Auszahlung Berlin" für Ankäufe im übrigen Deutschland zur Verfügung zu haben.

So sieht der Weg zur Belebung der Wirtschaft aus, den der tüchtige Ministerpräsident Roever, das Haupt der rein nationalsozialistischen Regierung Oldenburgs, nach den Rezepten Feders den staunenden Zeitgenossen zeigt.

Die Polizeiverordnung gegen die Unsittlichkeit.

— Berlin, 14. August.

Der bekanntgewordene Text der Polizeiverordnung des Stellvertreters des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, gegen die Unsittlichkeit hat besonderes Aufsehen in Badeorten hervorgerufen, in denen es vielfach üblich ist, daß die Kurgäste im Badekostüm mit umgehängtem Bademantel von ihrer Wohnung zum Strand und von dort in nahegelegene Lokale zur Einnahme ihrer Mahlzeiten sich begeben. Die Bestimmung, daß es untersagt sei, „in Badekleidung" sich außerhalb des Strandes und der unmittelbar zum Strande gehörigen Lokale aufzuhalten, scheint demnach nicht überall klar verständlich zu sein. Das gilt insbesondere auch deshalb, weil nicht gesagt worden ist, ob die Strandanzüge und sportliche Bekleidung mit unter den Begriff „Badekleidung" fallen. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, ist damit zu rechnen, daß Anfang der Woche Ausführungsbestimmungen zu der Polizeiverordnung ergehen.

In unterrichteten Kreisen wird dem Nachrichtenbüro noch erklärt, daß ein im Prinzip gleicher Verordnungsentwurf im preußischen Ministerium des Innern bereits vor längerer Zeit ausgearbeitet worden war. Der damalige Innenminister Severing habe es jedoch abgelehnt, diese Verordnung zu unterzeichnen. Zugleich erinnert das VDZ-Büro daran, daß das Zentrum und die Rechtsparteien im Preußischen Landtag wiederholt in Anträgen Maßnahmen gegen die Unsittlichkeit gefordert hatten und daß der Preußische Staatsrat erst vor kurzer Zeit einen umfangreichen Beschluß in der gleichen Materie gefaßt hatte, der allerdings ausdrücklich sich auch gegen derartige Ausschreitungen auf literarischem Gebiet wandte. Der Preußische Landtag hat die Möglichkeit, sich mit der jüngsten Polizeiverordnung zu beschäftigen. Ein Mehrheitsbeschluß des Parlaments könnte die Polizeiverordnung aufheben. Doch darf man erwarten, daß ein solcher Beschluß nicht zustande kommt.

Hitlers Abfuhr im Spiegel der Presse.

Starke Zustimmung für den Reichspräsidenten.

Die Berliner Presse aller Richtungen kommentiert eingehend das Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und Adolf Hitler.

Es wäre die historische Aufgabe der nationalsozialistischen Partei gewesen, so meint die dem Kabinett von Papen nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung", den alten Feldmarschall bei der Loslösung Deutschlands von den Auswüchsen des Parlamentarismus zu unterstützen. In imponierender Ruhe, Klarheit und Bestimmtheit habe Hindenburg einen Rückfall in den Parteienstaat auch dann abgelehnt, als der Geist parteipolitischer Einseitigkeit von Rechts herantrat. Man hätte es gewiß lieber gesehen, wenn Hitler nicht in die Lage gekommen wäre, sich vom Reichspräsidenten öffentlich ermahnen zu lassen; es sei nicht ganz klar, wie Hitler als Politiker sich die Fortführung des Kampfes vorstelle.

Die „Börsenzeitung" spricht mit starker Uebertreibung, aber entsprechend ihrer der NSDAP gewogenen Haltung von einem „schwarzen Tag in der deutschen Geschichte". Der Zwiespalt zwischen der Auffassung des Reichspräsidenten und Hitlers sei für die nationale Bewegung ein schwerer Schlag. Es müsse verhütet werden, daß ein Kampf innerhalb des nationalen Deutschlands beginne, und daß der Parlamentarismus in irgendeiner Form wieder auflebe. Den Bedenken des Reichspräsidenten gegen die Uebertragung der absoluten Staatsführung an eine Partei müsse man Verständnis entgegenbringen.

Die „Kreuz-Zeitung", das Organ des Stahlhelms, erklärt, sie stehe nicht an, es lebhaft zu bedauern, daß Hitler durch sein Verhalten gegenüber dem Angebot des Reichspräsidenten den Versuch zerstört habe, der Reichsregierung durch eine besonders innige Verbindung mit den Kräften der NSDAP eine überaus wertvolle Stützung zu geben.

Die rechtsradikale „Deutsche Zeitung" interpretiert das Ergebnis der Verhandlungen dahin, daß die Regierung zunächst unverändert im Amt bleiben werde und daß die Lage eindeutig dahin geklärt sei, daß die Zeit des Parlamentarismus endgültig vorbei sei.

Der Empfang Hitlers habe, so meint die „Germania", das Berliner Zentrumsblatt, das eine Gute gehabt, dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung zum Bewußtsein gebracht zu haben, daß die Nation mehr sei, als die Nationalsozialisten und daß die Verantwortung, die der Reichspräsident vor seinem Gewissen und vor dem deutschen Volk trage, noch schwerer wiege, als die parteipolitischen Sorgen einer noch so großen Bewegung. Hitler sei an der maßlosen Ueberschätzung seiner selbst und seiner Bewegung gescheitert. Doch sei die Stunde zu ernst, um über die „Desavouierung" der „neuen deutschen Staatsführung" auch nur den mindesten Ansatz von Genugtuung zu empfinden.

Die demokratische „Vossische Zeitung" stellt die Frage, welche politischen Folgerungen sich aus der Abweisung Hitlers durch Hindenburg ergeben werden. Klarheit über die politische Lage sei insoweit geschaffen, als eine Diktatur der NSDAP zurückgewiesen sei. Hitler habe in seiner Unterredung mit Schleicher und Papen nicht nur die Führung der künftigen Regierung verlangt, sondern auch das Zugeständnis, daß er von der Macht nach freiem Ermessen Gebrauch machen dürfte. Vielleicht hätten sich die nationalsozialistischen Führer gesagt, daß jetzt die günstigste und vielleicht letzte Gelegenheit gegeben sei, das Maximum an Machtanspruch durchzusetzen. Die Maßlosigkeit der Hitlerschen Forderungen habe von vornherein die Wirksamkeit eines Appells des Reichspräsidenten an den Führer der Nationalsozialisten ausgeschlossen.

Das „Berliner Tageblatt" ist der Auffassung, daß es bei den Verhandlungen um den Staat als solchen gegangen sei. Daß man zu einer Auslieferung des Schicksals des deutschen Volkes an Hitler nicht die Hand geboten habe, sei die Erfüllung einer selbstverständlichen durch die Verfassung gebotenen Pflicht gewesen. Es stehe nunmehr fest, daß Hitler die Forderungen, an denen die Verhandlungen mit der Regierung gescheitert seien, auf legalem Wege niemals mehr durchsetzen werde.

Der sozialdemokratische „Vorwärts" glaubt, daß, nachdem es nicht gelungen sei, die Nationalsozialisten in die Harzburger Front zurückzuführen und an den Staat heranzubringen, eine Weiterführung des bisherigen Kurses keinen Sinn mehr habe.

Die „Kölnische Zeitung" betont, daß die Argumente des Reichspräsidenten gegen einen Reichskanzler Hitler, wie auch seine Auffassung von der Notwendigkeit eines überparteilichen Kanzlers sicherlich von sehr vielen Deutschen geteilt werden und in weitesten Kreisen Verständnis finden dürften. Trotz alledem bleibe aber die Notwendigkeit bestehen, die Nationalsozialisten zur Verantwortung mit heranzuziehen und für jedes wie immer geartete Kabinett eine Mehrheit im Reichstag zustandebringen. „So betrachtet, müßte die Uebertragung des Reichskanzleramtes an Hitler als unvermeidbare politische Notwendigkeit erscheinen" — wenn auch diese Ernennung niemals die Auslieferung der gesamten Macht bedeuten hätte dürfen: „Wer das fordert — oder befürchtet — scheint zu vergessen, daß die Nationalsozialisten nicht 51 Prozent, sondern nur 37 Prozent der Stimmen haben." Das Blatt gibt dann der Meinung Ausdruck, es läge kein Anlaß vor, die Lage als endgültig und unabänderlich aufzufassen, auch wenn sich die Verhandlungen im Augenblick festgefahren haben. Bis zum Zusammentritt des Reichstages sei noch zwei Wochen Zeit, die benutzt werden müßten, eine Lösung anzustreben, welche den politischen Tatsachen und Notwendigkeiten entsprechen. Wenn Hitler eine Forderungen revidieren und mit der Verfassung in Einklang bringen würde, könnte es dem Reichspräsidenten wohl auch erleichtert werden, ihm unter bestimmten Voraussetzungen, die eine Parteiherrschaft verhindern, doch noch das Amt des Reichskanzlers zu übertragen.

Die „Frankfurter Zeitung" nimmt am Sonntag unter der Ueberschrift „Das Ende: Ein Wortbruch!" zu dem Ausgang der Verhandlungen mit Hitler Stellung. Es heißt dort u. a.: Wer zwischen den Zeilen des amtlichen Kommuniqués zu lesen versteht, der weiß, daß der Reichspräsident selbst und seine Berater, die davon überzeugt gewesen waren, durch ihre Politik das staatspolitische Wunder der Eindeziehung der NSDAP in die Verantwortung für den bestehenden Staat vollziehen zu können, außerordentlich tief enttäuscht sein müssen. Wir erraten wohl die Gefühle dieser Persönlichkeiten, wenn wir sagen: Sie können nichts anderes denken als: Der Führer der Nationalsozialistischen Partei hat sein Wort gebrochen. Eines dürfte sicher sein: Die innere Einstellung aller dieser Getäuschten gegenüber der NSDAP und ihre Politik kann und wird davon nicht unberührt bleiben. Dies ist vielleicht das einzig Erfreuliche an der nunmehr geschaffenen Situation. Der Nachweis ist erbracht: Herr Hitler kann nicht, selbst wenn er im Grunde wirklich gewollt haben sollte. Aber sehr viel spricht dafür, daß diesem Manne die Bewegung, die er selbst geschaffen hat, über den Kopf gewachsen ist und daß er den Mut zu der Handlung nicht aufbringt, die er beabsichtigt hatte.

Die Pariser Presse gibt ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß Hitler am Sonnabend „eine vollkommene Niederlage und seinen schwärzesten Tag" erlebt habe. Die Nationalsozialisten seien geschlagen, sie müßten jetzt zwischen der legalen Opposition oder dem Aufruhr wählen. Dreimal, so schreibt der „Matin", habe Hitler versucht, die Gewalt an sich zu bringen und dreimal sei er von dem festen Block zurückgewiesen worden, der die Namen Hindenburg, Papen und Schleicher trage. „Petit Journal" stellt die Frage, ob die Nationalsozialisten jetzt für die Zukunft alle Hoffnung aufgeben müßten, zur Macht zu gelangen. Bis zum letzten Augenblick hätten Hitler und seine Unterführer blind an einen Erfolg ihrer Forderungen geglaubt. Jetzt sei die Bewegung vor schwere Fragen gestellt. Es sei fast ausgeschlossen, daß sie zur Macht gelange. Wenn Hitler zur Gewalt übergehen sollte, so verliere er seine Stellung als Führer dieser nationalen Bewegung und werde er zu einem Aufständischen. Der „Temps" bezeichnet den 13. August als einen für das Schicksal Deutschlands geschichtlichen Tag. Der Bruch zwischen der stärksten Reichstagspartei und dem Präsidialkabinett sei endgültig. Hitler habe die Tür zugeschlagen, durch die er habe hoffen können, auf legalem Wege zur Macht zu gelangen. Dieses Ereignis sei nicht nur für die innerpolitische Lage Deutschlands, sondern auch für die europäische Ordnung bedeutsam.

Danzig-polnische Einigung in verschiedenen Streitfragen.

— Danzig, 13. August.

Im Laufe der letzten Tage haben unter Mitwirkung des Völkerbundskommissars Graf Gravina Besprechungen mit dem Ziele stattgefunden, eine Entspannung in den Beziehungen zwischen Danzig und Polen herbeizuführen. Als Ergebnis dieser Besprechungen sind heute nachmittag drei Protokolle unterzeichnet worden. In dem ersten erklärt sich die polnische Regierung fest entschlossen, energisch auf ihrem Gebiet gegen jede Wirtschaftspropaganda vorzugehen, die gegen die Danziger Wirtschaftsunternehmungen und die aus Danzig kommenden Erzeugnisse gerichtet ist, sowie von ihrer Autorität Gebrauch zu machen, um feindliche Handlungen oder Kundgebungen, die gegen Personen Danziger Staatsangehörigkeit gerichtet sind, zu verhindern." Der Vertreter Danzigs hat mit Befriedigung von dieser Erklärung Kenntnis genommen und seinerseits eine zweite gleichlautende Erklärung mit sinngemäßen Aenderungen abgegeben.

Das dritte Protokoll regelt das Recht polnischer Kriegsschiffe, den Danziger Hafen anzulaufen. Die Erleichterungen und Vereinfachungen, die Danzig bisher bereits Polen zugestanden hatte, sind nun in diesem Protokoll nochmals in klarer Form zusammengefaßt, wobei besonders festgestellt worden ist, daß diese Vereinfachung sich lediglich auf ein Anlaufen des Danziger Hafens aus wirtschaftlichen Gründen bezieht. Die internationalen Regeln für den Besuch von Kriegsschiffen werden in der Danziger Erklärung ausdrücklich erneut festgelegt und bilden einen integrierenden Bestandteil des Protokolls. Bemerkenswert ist, daß der polnische diplomatische Vertreter in Danzig nach Unterzeichnung des Protokolls über die Vereinfachung der Formalitäten für die polnischen Kriegsschiffe in Danzig offiziell erklärte: „Die natürliche Folge dieser Regelung der Frage des Einlaufens und des Aufenthalts polnischer Kriegsschiffe in Danzig wird die sein, daß die polnische Regierung soweit als möglich Ausbesserungen ihrer Kriegsschiffe in Danzig bewirken lassen wird."

Von der eindeutigen Erklärung der polnischen Regierung über den das Danziger Wirtschaftsleben schwer belastenden polnischen Boykott verspricht man sich in Danzig eine wesentliche Erleichterung der Lage, sofern die polnische Regierung, wie zu hoffen ist, auch tatsächlich ihre ganze Macht hinter ihre Erklärung stellt.

Englands rote Kinder melden sich.

)!(Ottawa, im August.

Adlerfedern, Igelstacheln und Glasperlen rascheln in dem prunkvollen Empfangsraum des Schlosses Rideau Hall, dem Besitz des britischen Generalgouverneurs in Kanada. Denn wo die Vertreter der kanadischen Weizenhändler, Holzfäller und Fischer sich zum traditionellen Empfang melden, dürfen die Oberhäupter der ruhmreichen Irokesen und ihrer fünf Brüdernationen aus den Wäldern nördlich des Ontariosees nicht fehlen. Sie sind ebensogut wie die anderen freie Bürger des kanadischen Dominions und damit des britischen Weltreichs. Für den Fall, daß man es ihnen nicht glauben will, oder daß man ihnen die gebührende Achtung verweigern sollte, haben sie außer der silberbeschlagenen Friedenspfeife auch noch ein vergilbtes, über 150 Jahre altes Pergament mitgebracht: das Original jenes Vertrages, den der Beauftragte des Königs Georg III. von England im Jahre 1769 mit den Häuptlingen der „Sechs Nationen", der „Kanonstonni" (Verbündete Häuser) abgeschlossen hatte.

Aus den Verheißungen, die damals die Blaßgesichter den Jüngern des Großen Geistes gemacht haben, ist nicht viel Wirklichkeit geworden. Die Irokesen sind zwar mitsamt den Resten der übrigen Stämme zum Teil Pensionäre der kanadischen Regierung, aber doch eben „Kleinrentner" in des Wortes bösester Bedeutung, zum Teil auch sind sie seßhaft, also auch friedliche Ackerbauer geworden, was aber heutzutage nur bedeutet, daß es diesen noch schlechter geht, als den Staatspensionären.

Beide Teile haben zu klagen. Sie klagen erstens einmal darüber, daß der große Bruder jenseits des Wassers, d. h. also der englische König, an den sie schon vor zwei Jahren appelliert haben, noch immer nichts getan hat, um ihren gerechtfertigten Ansprüchen zur Durchsetzung zu verhelfen. Sie klagen ferner über die Vertragswidrigkeit in Bezug auf die Grenzziehung der ihnen zugewiesenen Territorien, sie klagen endlich über die Art der Verwaltung und Auszahlung von Stiftungsgeldern, die die kanadische Regierung als Treuhänderin verwaltet. Es scheint, daß die Indianer sich unter „treuen Händen" etwas ganz anderes und gar nicht mehr in die heutige Zeit passendes vorstellen, als die Treuhänder selbst. Böse sind auch die Vorwürfe, die sie der Regierung von Ottawa bezüglich des Verkaufs von Territorien machen, über die eigentlich einzig und allein sie, die roten Kinder der großen Männer von Ottawa, Verfügung hätten.

Man sieht — die kanadischen Rothäute sind modern geworden und lassen sich die Gelegenheit der Wirtschaftsfriedenskonferenz in Ottawa nicht entgehen; aber ihre grundsätzlichen Anschauungen wurzeln doch noch in den Zeiten, wo ein Zug aus der Friedenspfeife ebenso viel galt wie die versiegelte und verbriefte Unterschrift des Königs von England. So wird man ihnen nicht allzu viel Chancen geben können ...

Immer neue Verhaftungen in Sevilla.

:: Sevilla, 13. August.

Fortgesetzt finden neue Verhaftungen von Persönlichkeiten statt, die General Sanjurjo während der Stunden, während deren er Herr der Stadt war, ihre Sympathie zum Ausdruck gebracht oder ihre Anhänglichkeit an das alte Regime bekundet haben. Die meisten der Verhafteten gehören der Aristokratie an oder sind Offiziere und Beamte des alten Regimes, die verabschiedet worden sind. Weiter besagen Nachrichten, daß stündlich Denunziationen einlaufen, so daß der Gouverneur erklärt habe, er werde nur noch die Anzeigen prüfen, die mit vollen Namen gezeichnet sind.

Einweihung des französischen Moselkanals.

— Paris, 14. August.

Der Präsident der Republik, Lebrun, Ministerpräsident Herriot und der Minister für öffentliche Arbeiten, Daladier, weilten am Sonntag in Metz, um den neuen Mosel-Kanal Metz—Vienville einzuweihen. Die Stadt prangte im Schmuck der Trikolore. Eine ungeheure Menschenmenge nahm an der Feier teil. Nach Abschreiten der Ehrenkompagnie vor dem Gebäude der Präfektur begab sich der Staatspräsident in seinem Kraftwagen, begleitet von einer Kavallerieabteilung, zum Rathaus, wo der Oberbürgermeister eine Ansprache hielt. Der Präsident der Republik erwiderte u. a., daß er mit Vertrauen und Liebe nach Metz gekommen sei. Alle, die am 8. Dezember 1918 an dieser Stelle gestanden hätten, würden die Worte Poincarés nicht vergessen: „Liebe Stadt Metz! Dein böser Traum ist vergangen und Frankreich kehrt mit geöffneten Armen zu dir zurück."

Darauf bestiegen Lebrun, Herriot und die übrigen amtlichen Persönlichkeiten ein Kanonenboot der Rheinflotille und durchfuhren den neuen Kanal bis zum Hafen von Metz, wo sie wieder an Land gingen.

Während des Festessens, das die Handelskammer und die Kanalgesellschaft gemeinsam veranstalteten, wurden mehrere Ansprachen gehalten. Herriot führte dabei u. a. aus: Was man hier oder dort denken oder sagen möge, so finde man doch in Metz Frankreich in seiner reinsten Gestalt. Für alle Franzosen sei die Mosel ein geheiligter Fluß. Nach einem Ueberblick über die Kriegsgeschichte bezeichnete der Ministerpräsident die Mosel als den Weg des Friedens, der geeignet sei, zwei große Kulturen zu vereinen oder sie wenigstens im Zeichen des Friedens zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Die Bedeutung des Friedens werde in diesem Lande, das so oft barbarischen Einbrüchen ausgesetzt gewesen und durch den Krieg verheert worden sei, voll verstanden. Das Ungeheuer des Krieges müsse für alle Zeiten verschwinden.

Nach dem Ministerpräsidenten unterstrich Präsident Lebrun in einer zweiten sehr umfangreichen Rede wiederum seine starke Verbundenheit mit Metz und der engeren Heimat Lothringen. Ein Mittel der Verständigung liege für die Zukunft darin, die Mosel aus ihrer Einsamkeit zu befreien und den schiffbaren Wasserweg bis zum Rhein zu verlängern.

Die Niederschlagung der chilenischen Studentenerhebung.

— Paris, 13. August.

Zu der Meuterei der Studenten in Santiago de Chile wird von Havas ergänzend berichtet, daß die Polizei, in dem Glauben, von der Menge beschossen zu werden, auch ihrerseits geschossen habe. Mehrere Personen wurden getötet. Als auch starkes Maschinengewehrfeuer die Studenten nicht zum Rückzug zu bewegen vermochte, wurden zwei Infanterieregimenter eingesetzt, bei deren Anrücken die Studenten sich ergaben; sie wurden mit Ausnahme von etwa 50 Personen sämtlich verhaftet.

Die „Niobe" liegt 21 Meter tief.

— Kiel, 14. August.

Wie die Marinestation der Ostsee mitteilt, ist die „Niobe" inzwischen auf eine Position 11 Seemeilen westlich Fehmarn-Feuerschiff gefunden worden und liegt zurzeit in 21 m Wassertiefe. Mit dem Einschleppen in den Kieler Hafen unter Wasser ist in der zweiten Hälfte der Woche zu rechnen.

Politische Schlägerei in Essen.

!! Essen, 14. August.

In den Nachmittagsstunden des Sonntag entwickelte sich in Essen-Altendorf eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf auch Schüsse fielen. Ein 17jähriger Lehrling, Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes, feuerte eine Reihe Schüsse auf seine Gegner ab. Der SA-Mann Alfred Siegel wurde durch einen Armschuß verwundet. Der Vater des Schützen erhielt einen Bruststeckschuß. Der Lehrling wurde festgenommen, nachdem er vorher auch auf die Beamten seine Waffe angelegt hatte.

Unfall im D-Zug.

)(Köln, 14. August.

Als Samstagmorgen 9,09 Uhr, als der D-Zug Leipzig-Kassel-Wuppertal-Köln hier eintraf, fand man ein Abteil blutbesudelt vor. Auf Rückfrage beim Streifendienst der Strecke ergab sich, daß in Bebra ein junger Mann mit einer schweren Kopfverletzung aus dem Abteil bewußtlos herausgeholt worden war. Die Untersuchung ergab, daß der Reisende unwohl geworden war und sich deshalb aus dem Fenster hinausgebeugt hatte. Dabei ist er mit dem Kopf gegen einen harten Gegenstand außerhalb des Zuges angestoßen und in das Abteil zurückgefallen. Es handelt sich bei dem Verunglückten um den Kaufmann Joseph Frische aus Elberfeld.

Durch Mißhandlungen von Nationalsozialisten ermordet.

() Beuthen, 14. August.

Die Obduktion der Leiche des von den Nationalsozialisten ermordeten Arbeiters Pietczuch durch den Gerichtsarzt, die heute nachmittag stattgefunden hat, hat ergeben, daß der auf Pietczuch abgegebene Schuß nicht tödlich war, sondern nur den Oberarm traf. Der Tod scheint also durch die dem Pietczuch zugefügten Mißhandlungen eingetreten zu sein.

Vier Tote bei einem Flugzeugabsturz in der Tschechoslowakei.

:: Prag, 14. August.

Im Elbetal bei Lobositz ist heute während eines Vergnügungsfluges ein Flugzeug der Masaryk-Fluglinie in einen Luftwirbel geraten und abgestürzt. Vier Personen waren sofort tot, während der Pilot so schwer verletzt wurde, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

*

Schwere Verkehrsunfälle im Korridor-Gebiet.

:: Gdingen, 14. Aug. Auf dem Wege von Karwan nach Putzig wurde heute nachmittag ein mit Ausflüglern besetzter Autoomnibus an einem unbewachten Bahnübergang vom Zuge erfaßt. Der Führer des Omnibus, sein Mitfahrer auf dem Führersitz sowie drei Fahrgäste wurden getötet. Zwischen Gdingen und Adlershorst fuhr ein Automobil in voller Fahrt gegen einen Baum. Von den beiden Fahrgästen wurde der eine, ein Polizeibeamter, getötet, der zweite Fahrgast blieb unverletzt, dagegen erlitt der Chauffeur lebensgefährliche Verletzungen.